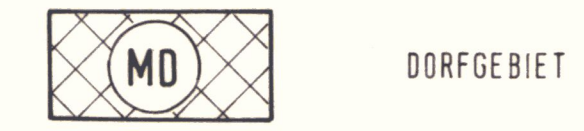


PLANZEICHENERKLÄRUNG

GEM. § 2 DER VERORDNUNG ÜBER DIE AUSARBEITUNG DER BAULEITPLÄNE UND DIE DARSTELLUNG DES PLANINHALTS VOM 30. JULI 1961

ART DER BAULICHEN NUTZUNG



MASZ DER BAULICHEN NUTZUNG, BAUWEISE, BAUGRENZE

- 0.4 GESCHOSSFLÄCHENZAHL GFZ
- 0.3 GRUNDFLÄCHENZAHL GRZ
- I ZAHl DER VOLLGESCHOSSE (HÖCHSTGRENZE)
- E / ED NUR EINZEL / NUR EINZEL U. DOPPELHÄUSER ZULÄSSIG
- BAUGRENZE

SONSTIGE PLANZEICHEN

- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES
- MIT GEH-FAHR- U. LEITUNGSRECHT ZUGUNSTEN DER ANLIEGER ZU BELASTENDE FLÄCHE
- ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
- BESTEHENDE GEBÄUDE
- ZU- UND ABFAHRTSVERBOT SOWIE ZU- UND ABGANGSVERBOT (§ 24 Abs. 1 NStr-G)
- EINZELANLAGEN, DIE DEM DENKMALSCHUTZ UNTERLIEGEN
- FLÄCHEN, DIE VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTEN SIND. (SIEHE NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME 1)

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

- EINSCHRÄNKUNG DER NUTZUNG AUS § 6 DER VERORDNUNG ÜBER DIE UNTERHALTUNG DER GEWÄSSER II. ORDNUNG FÜR DAS GEBIET DES LANDKREISES HELMSTEDT VOM 25.8.87. ZUR SICHERUNG DER UNTERHALTUNGSPFLICHT DES UNTERHALTUNGSVERBANDES OBERALLER IST EIN 5 M BREITER STREIFEN PARALLEL ZUR BÜSCHUNGSOBERKANTE DER ALLER FREIZUHALTEN.
- DAS SÜDLICHE WOHNGHAUS AUF DEM MÜHLENGRUNDSTÜCK IST IM VORLÄUFIGEN VERZEICHNIS DER NIEDERSÄCHSISCHEN DENKMALKARTEI ALS BAUDENKMAL IM SINNE DES § 3 ABS. 2 DES NIEDERSÄCHSISCHEN DENKMALSCHUTZGESETZES EINGESTUFT. DAS HAT ZUR FOLGE, DASS SICH AUCH FÜR DIE UMGEBUNG DES BAUDENKMALS IM EINZELFALL NUTZUNGSBESCHRÄNKUNGEN AUFGRUND DES § 8 DES NIEDERSÄCHSISCHEN DENKMALSCHUTZGESETZES ERGEBEN KÖNNEN.

Präambel

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 08.12.86 (BGBl. I S. 2253) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) i.d.F. vom 22.06.82 (Nds. GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.3.90 (Nds. GVBl. S. 225), hat der Rat der Gemeinde Bahrdorf diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

Bahrdorf, den 10.07.1990
gez. Heine (s.) i. V. Waurich
2. stv. Bürgermeister Bürgermeister u. Gemeindedirektor

Verfahrensvermerke

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 15.07.85 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Lockstedter Str." beschlossen. Der Aufstellungsbescheid ist gemäß § 2 Abs. 1 BBauG am 07.05.86 ortsüblich bekanntgemacht.

Bahrdorf, den 10.07.1990
(s.) i. V. Waurich
Bürgermeister u. Gemeindedirektor

Kartekundlage: Liegenschaftskarte, Flur 143, Maßstab 1:1000. Die Vervielfältigung ist nur für eigene nichtgewerbliche Zwecke gestattet (§ 13 Abs. 4 Nds. Vermessungs- und Katastergesetz vom 22. Juli 1985 - Nds. GV Bl. S. 187), dazu gehören auch Zwecke der Bauleitplanung. Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 3.7.90). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die neu zu bildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Helmstedt, den 3.7.90
(s.) gez. Kaase
Verm. Direktor

Der Entwurf der ~~Änderung~~ des Bebauungsplanes wurde ausgearbeitet von:
Bahrdorf, den 02.06.88

INGENIEURBÜRO
WILFRIED KUHN
AM MÜHLENBERG 17
3181 BAHRDORF 1
TELEFON 05364/1810

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 27.06.1989 dem Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 04.10.1989 ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom 16.11.1989 bis 16.11.1989 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.
Bahrdorf, den 10.07.1990
(s.) gez. i. V. Waurich
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung mit der Einschränkung gem. § 3 Abs. 3 Satz 1 2. Halbsatz BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht.
Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung haben vom bis gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.
....., den

.....
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes und der Begründung zugestimmt und die eingeschränkte Beteiligung gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB beschlossen. 1)
Den Beteiligten im Sinne von § 13 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde vom bis zum Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
....., den

.....
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen gem. § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 08.06.1990 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Bahrdorf, den 10.07.1990
(s.) gez. Waurich
Gemeindedirektor

Der Bebauungsplan ist der/dem Landkreis, Helmstedt am 22.08.1990 gem. § 11 BauGB angezeigt worden.

Der/die hat bis zum die Verletzung von Rechtsvorschriften nicht geltend gemacht (§ 11 Abs. 3 Satz 2 BauGB).

Landkreis, Helmstedt, den 01.07.1990 hat am heutigen Tage (Az.: 692-24-5404/04-05) erklärt, daß ~~er~~ unter Auflagen/mit Maßgaben 5) - keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht (§ 11 Abs. 3 Satz 2 BauGB).

Helmstedt, den 01.07.1990 Landkreis, Helmstedt
(s.) Der Oberkreisdirektor
i. d. gez. Schlegel
Bezirksregierung/Landkreis Baudirektor

Der Rat der Gemeinde ist den am (Az.:) genannten Auflagen/Maßgaben 5) in seiner Sitzung am beigetreten. 1)

Der Bebauungsplan hat zuvor wegen der Auflagen/Maßgaben 5) vom bis öffentlich ausgelegen. 1)

Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich bekanntgemacht. 1)

Wegen der Auflagen/Maßgaben 5) hat die Gemeinde zuvor eine eingeschränkte Beteiligung gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB durchgeführt. Den Beteiligten wurde vom bis zum Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. 1)

....., den

.....
Gemeindedirektor

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens (§ 11 Abs. 3 BauGB) ist gem. § 12 BauGB am 05.12.1990 im Amtsblatt Landkreis, Helmstedt bekanntgemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am 05.12.1990 in Kraft getreten.
Bahrdorf, den 10.07.1990
(s.) gez. Wiese
Gemeindedirektor

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1, Nr. 1 und 2 BauGB beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht 5) geltend gemacht worden.

....., den

.....
Gemeindedirektor

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel in der Abwägung nicht 5) geltend gemacht worden.

....., den

.....
Gemeindedirektor

Anmerkungen

- 1) Nur falls erforderlich
- 2) Bezirksregierung bzw. Landkreis entsprechend der Regelung in § 1 DV BauGB vom 14.07.87
- 3) Eingangsdatum bei der Bez.Reg. bzw. dem Landkreis
- 4) Ablauf der 3-Monats-Frist
- 5) Nichtzutreffendes streichen
- 6) Nur, wenn ein Aufstellungsbeschluß gefaßt wurde

Hiermit wird amtlich beglaubigt, daß die vorliegende Abschrift/Ablichtung mit der vorgelegten Urschrift/Ausfertigung/beglaubigten Urheberschrift/Ablichtung identisch ist.
"Lockstedter Str."
(genau Bezeichnung des Schriftstückes)
überreicht.
Die Beglaubigung wird nur zur Vorlage bei der Samtgemeinde Velpke erteilt.
(Behörde)
Velpke, den 11. JAN 1991
Der Samtgemeindedirektor
Im Auftrage: [Signature]
(Behörde und Unterschrift)



GEMEINDE BAHRDORF
ORTSTEIL SAALSDORF

"LOCKSTEDTER STRASSE"

BEBAUUNGSPLAN 1:1000